

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- Planungs- und Verkehrsausschusses

am Dienstag, dem 29.01.2002

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- |     |  |
|-----|--|
| 1   | Einwohnerfragestunde   |
| 2   | Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 20.22. u.<br>11.12.2001   |
| 3   | 61 - 13 0894/2002<br>Hochwasserschutz Rheinpromenade;<br>hier: Planfeststellungsbeschluss zum Planungsabschnitt 2  |
| 4   | 05 - 13 0891/2002<br>Neugestaltung Innenstadt-Kaßstraße/Neumarkt/Alter Markt;<br>hier: 1. Rahmenplan<br>2. Zeitliche Abwicklung<br>3. Kosten/Finanzierung  |
| 4a) | 61 - 13 0912/2002<br>Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;<br>hier: Beratung in den Fachausschüssen<br>- Maßnahmen der Projektgruppe 61 -   |
| 5   | 05 - 13 0879/2002<br>Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;<br>hier: Beratung in den Fachausschüssen<br>- Maßnahmen des Fachbereiches 5 "Planen und Verkehr" -   |
| 6   | 06 - 13 0896/2002<br>Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;<br>hier: Beratung in den Fachausschüssen<br>- Maßnahmen des Fachbereiches 6 "Bauen und Umwelt" -   |
| 7   | 07 - 13 0897/2002<br>Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;<br>hier: Beratung in den Fachausschüssen<br>- Maßnahmen im Fachbereich 7 "Baubetriebshof" -  |
| 8   | 05 - 13 0887/2002<br>3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 - HansasträÙe -;<br>hier: 1. Bericht zur durchgeföhrtten Offenlage<br>2. Satzungsbeschluss<br>3. Beschluss zur Änderung der Gestaltungssatzung für<br>den östlichen Bereich des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 |

- 9 05 - 13 0888/2002 Bebauungsplanverfahren Nr. E 30/4 - Hekerenfelder Weg -;  
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage  
2. Beschluss eines städtebaulichen Vertrages  
3. Satzungsbeschluss  
4. Beschluss einer Gestaltungssatzung gemäß  
§ 86 Abs. 1 BauO NRW
- 11 05 - 13 0893/2002 Widmung von Straßen in Emmerich am Rhein  
hier: Schwester-Bertranda-Straße, Heinrich-Bienen-Straße,  
Dechant-Hendricks-Straße, Zur Wildwiese,  
Am Flachsacker sowie  
Norbert-Giltjes-Straße
- 12 05 - 13 0892/2002 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 24/2  
- Lohmann -;  
hier: Satzungsbeschluss
- 13 05 - 13 0895/2002 Bebauungsplanverfahren Nr. E 6/3 -Sternstraße-;  
hier: 1) Aufstellungsbeschluss  
2) Beschluss zur Bürgerbeteiligung
- 14 05 - 13 0885/2002 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. V 4/2 - Dreikönige -;  
hier: 1. Änderung des Aufstellungsbeschlusses  
2. Bericht zur durchgeführten Bürger- und  
Trägerbeteiligung  
3. Beschluss zur Offenlage
- 15 05 - 13 0882/2002 52. Änderung des Flächennutzungsplanes  
- Sonderbaufläche Tankstelle -;  
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Bürger- und  
Trägerbeteiligung  
2. Beschluss zur Offenlage
- 16 05 - 13 0886/2002 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. B 4/1  
- Elsepaß -;  
hier: 1. Aufstellungsbeschluss  
2. Bericht zur durchgeführten Trägerbeteiligung  
3. Beschluss zur Bürgerbeteiligung
- 17 05 - 13 0901/2002 Straßenausbau Streuffstraße (Teil 2) im Ortsteil Elten;  
hier: Bericht zur durchgeführten Bürgerunterrichtung
- 18 Mitteilungen und Anfragen
- 19 Einwohnerfragestunde
- Anwesend sind: Diks, Johannes  
als Vorsitzender
- Die Mitglieder: Brink ten, Johannes  
Brouwer, Botho  
Faulseit, Michael  
Hetterscheidt, Herbert (für Mitglied Jansen)  
Hinze, Peter  
Janssen, Hans-Willi  
Jessner, Udo  
Kulka, Irmgard (für Mitglied Meisters-Hövelmann)  
Niemann, Paul  
Sickelmann, Ute

Struckhof, Dieter  
Tepaß, Udo  
Wernicke, Hans-Jürgen

Von der Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wachs  
Herr Siebers  
Herr Antoni  
Herr Baumgärtner  
Herr Gürtzgen  
Herr Kemkes  
Frau Ratay  
Herr Runge  
Herr Schaffeld  
Herr Stangert  
Frau Ohm (Schriftführerin)

Vorsitzender Diks eröffnet die öffentliche Sitzung um 18.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Die Tagesordnung wird um den TOP 4 a - Haushaltsplanberatungen der Projektgruppe 61 - erweitert. Des Weiteren wird der TOP 8 ergänzt und der TOP 10 wird abgesetzt.

## **I. Öffentlich**

### **TOP 1 Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

### **TOP 2 Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 20.22. u. 11.12.2001**

Gegen die Niederschriften werden keine Bedenken erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden, einem Ausschussmitglied und der Schriftführerin unterschrieben.

### **TOP 3 Hochwasserschutz Rheinpromenade ; hier: Planfeststellungsbeschluss zum Planungsabschnitt 2 ( Nr. 61 - 13 0894/2002)**

Mitglied Sickelmann gibt zu Protokoll, dass ihre Fraktion einen anderen Vorschlag für den

Hochwasserschutz gemacht hat, da das geplante Bauwerk städtebaulich eine Verschlechterung darstellt und heute den Planfeststellungsbeschluss zwar zur Kenntnis nehmen müssen, aber ohne Zustimmung ihrer Fraktion.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.

#### **TOP 4**

#### **Neugestaltung Innenstadt -Kaßstraße/Neumarkt/Alter Markt;**

hier: 1. Rahmenplan

2. Zeitliche Abwicklung

3. Kosten/Finanzierung

( Nr. 05 - 13 0891/2002)

Erster Beigeordneter Dr. Wachs berichtet, dass zu diesem Thema auch im Rahmen der Haushaltsplan-beratungen die Ansätze für die Neugestaltung der Innenstadt beraten wurde. Weiter berichtet er, dass Anfang des Jahres der Rat den Masterplan für die Innenstadt verabschiedet hat.

In diesem Masterplan waren bestimmte Vorgaben für die Neugestaltung des Neumarktes, des Alten Marktes und die Kaßstraße aufgestellt. Gleichzeitig sind für diese Bereiche verkehrliche Fragen aufgetaucht, wie Abbindung des Kleinen Löwen bis Kreckelingsteege, Straßenverkehr auf der Rheinpromenade. Diese Fragen sollen in einem Auftrag vergeben werden.

Herr Kemkes führt aus, dass bei der Verabschiedung des Masterplanes das Maßnahmenkonzept im Haushaltsplanentwurf eingebracht wurde. Es wurde ein Zuschussantrag gestellt in der Hoffnung, dass diese Maßnahme gefördert wird. Das Land hat mitgeteilt, dass außer der Förderung des PAN-Museums, Ausbau des Nonnenplatzes und der Umgestaltung der Rheinpromenade in den nächsten 8-10 Jahren keine weiteren Fördergelder zu erwarten sind. Die Innenstadt muss dringend umgestaltet werden. Aus diesem Grund hat die Verwaltung diese Zielformulierungen aus dem Leitbild und dem Masterplan zusammengestellt, um im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entsprechende Mittel einzustellen. Die anstehenden Maßnahmen wurde in einem Rahmenplan zusammen gefasst und werden von Frau Ratay vorgestellt und erläutert. Zum Verkehr führt Herr Kemkes aus, dass die Verkehrsführung in der Innenstadt darüber entscheidet, wie die Flächen zu gestalten sind. Im Rahmen des zu vergebenden Planungsauftrages soll auch das Thema Verkehr auf der Rheinpromenade, Öffnung der Fußgängerzonen abgewickelt werden.

Dieser Zusatzauftrag ist nicht als neues Verkehrskonzept zu verstehen, sondern als Überprüfung des bestehenden Konzeptes im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen. Frau Ratay berichtet, dass der Masterplan schon wesentliche Punkte aufgelistet hat, die in dem Rahmenplan konkretisiert werden. Sie erläutert den Rahmenplan. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Kaßstraße und den anliegenden Straßen Gaemsgasse, Parkplatz Kreckelingsteege sowie die Verbindungsachse Kaßstraße über Neumarkt zum Alten Markt. Die Bereiche der Christoffelstraße und des Fischerortes sind ebenfalls in die Planungen einzubeziehen. Anhand von Aufnahmen des heutigen Zustandes zeigt Frau Ratay die Möglichkeiten der Umgestaltung und Verbesserungen auf.

Mitglied Sickelmann bemängelt die im Stadtgebiet aufgestellten Pflanzkübel.

Frau Ratay führt aus, dass einige zuführende Straßen zur Kaßstraße gestaltet wurden. Auch die Umgestaltung des Nonnenplatzes bildet ein wichtiges Element zur Aufwertung der Innenstadt. Ebenso die geplante Umgestaltung der Rheinpromenade rundet das Gesamtbild

ab.

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass Detailplanungen nicht Gegenstand der heutigen Beratung sind.

Mitglied Struckhof sagt für die FPD aus, dass die Verkehrsführung festgelegt wird, wobei die Innenstadt keinen Durchgangsverkehr bekommen soll und die Innenstadt 30 km/h-Zone wird. Des Weiteren erachtet er die totale Umgestaltung der Kaßstraße für nicht notwendig. Hier würde es ausreichen, wenn die Fassaden sowie die Ausgestaltung der Schaufenster aufgewertet werden würden. Ebenso wenig Sinn würde die Öffnung der Kaßstraße bis zur Krekelingsteege für den Autoverkehr machen. Er schlägt vor, zunächst die Verkehrsführung für die Innenstadt festzulegen und dann schrittweise die Umgestaltung vorzunehmen.

Herr Kemkes führt aus, dass die Verkehrsproblematik ein wesentlicher Bestandteil des Rahmenplanes ist. Zur Umgestaltung der Kaßstraße sagt er aus, dass es nicht ausreicht nur das Pflaster auszuwechseln, sondern die Ladengeschäfte müssten mitziehen. Ebenso sind die Eigentümer der Häuser in Bezug auf die Umgestaltung der Fassaden anzusprechen.

Mitglied Janssen sagt für die BGE aus, dass das Gesamtverkehrskonzept zuerst vorgelegt werden muss.

Herr Kemkes erwidert, dass das seinerzeit beschlossene Verkehrskonzept im Grundsatz noch heute gültig ist, nur gibt es veränderte Rahmenbedingungen aus dem Beschluss zur Verkehrsführung der Rheinpromenade und den Planungsüberlegungen zur teilweisen Öffnung der Kaßstraße sowie der Fußgängerzonen.

Mitglied Sickelmann stellt fest, dass die vorgestellten Maßnahmen von den Grünen schon vor Jahren angemahnt wurden. Sie versteht nicht, wie man die vorgeschlagenen Maßnahmen ohne Fördermittel durchführen will. Außerdem bestehen Zweifel daran, dass bei der Fülle der Aufgaben, wie Rheinpromenade, Bahnhofsumfeldgestaltung, PAN-Museum, Umgestaltung Nonneplatz, die Umsetzung möglich sein wird. Sie könnte zustimmen, wenn Fördermittel beantragt werden. Sie glaubt nicht daran, dass es keine weiteren Fördermittel für weiteren Maßnahmen möglich sind.

Sie schlägt vor, das Gutachten zu strecken und die freiwerdende Mittel für den Fassadenwettbewerb zu verwenden. Des Weiteren sind Sofortmaßnahmen, wie Bestuhlung und Entrümpelung in der Innenstadt, durchzuführen. Die Durchführung der Maßnahmen ohne Fördermittel ist angesichts der angespannten Haushaltslage nicht gerechtfertigt.

Mitglied Jessner führt aus, dass die Städtebauförderung mit Maßnahmen Rheinpromenade, Nonnenplatz mit erheblichen Beträgen abgeschöpft wurden. Daher ist zu erwarten, dass die Stadt mit Fördermittel nicht in der obersten Priorität steht. Es ist zu überlegen, ob nicht vordringliche Einzelmaßnahmen aus Haushaltsmitteln zu finanzieren sind. Zu der vordringlichen Maßnahme gehört die Neugestaltung des Neumarktes. Zum Thema Verkehr verweist er darauf, dass es nur um die Bereiche, Neumarkt, Alter Markt und Kaßstraße geht.

Der Verwaltung spricht Mitglied Jessner ein Lob wegen der systematischen Vorgehensweise aus. Der Rahmenplan enthält konkrete Gestaltung mit entsprechender Planung. Bei den Vorgaben im Rahmenplan fällt auf, dass die Fußgängerzonen zu lang sind. Hier sollte durch Gestaltung versucht werden zu erreichen, ein Zentrum zu bilden. Ansonsten begrüßt er die gewählte Vorgehensweise und stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied ten Brink erklärt, dass sich die CDU mit den Vorgaben im Rahmenplan einverstanden erklärt. Er zeigt sich überrascht darüber, dass alle Fraktionen das Thema Verkehr ansprechen. Herr Kemkes hat deutlich gemacht, dass der Verkehr berücksichtigt und vorab festgelegt wird. Er wünscht, dass der Bereich der Oel-, Tempelstraße, Neuer Steinweg und Gasthausstraße eingebunden wird.

Mitglied Hetterscheidt möchte wissen, welche Priorität der Bahnübergang Löwentor hat und wann dieses Projekt angegangen wird.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs sagt aus, dass Herr Kemkes teilweise die Fragen beantwortet hat. Der vorgestellte Rahmenplan beinhaltet die verkehrliche Führung

innerhalb des Ringes. Das heißt nicht, dass Löwentor nicht parallel angegangen wird, hat aber nichts mit dem Rahmenplan zu tun.

Mitglied Sickelmann erklärt für ihre Fraktion, dass der Vergabe zum jetzigen Zeitpunkt nicht zugestimmt wird. Sie wünscht, dass alles versucht wird, Landesmittel zu bekommen. Daher sollten diese Maßnahmen bis Anfang nächsten Jahres geschoben werden.

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass es sich um ein Missverständnis handelt. Es wurde nicht gesagt, dass die Verwaltung sich nicht um öffentliche Mittel bemüht und es keine Mittel geben wird. Es ist davon auszugehen, dass sofort nach Beendigung der großen Maßnahmen keine weiteren Fördermittel bewilligt werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs berichtet, dass seitens des Ministeriums über die Förderung der Rheinpromenade, des PAN-Museums und des Nonnenplatzes in absehbarer Zeit keine weiteren Mittel bewilligt werden. Das soll wiederum nicht hindern, weitere Anträge zu stellen.

Deswegen werden parallel zu den Maßnahmen auch Anträge gestellt.

Mitglied Jessner fragt an, warum die Planungsabsichten vor Beantragung von Städtebauförderung nicht konkretisiert und Planungsauftrag nicht erteilt werden sollte, da der Planungsauftrag Voraussetzung dafür ist, die Fördermittel zu beantragen.

Mitglied Tepas bittet die Verwaltung, die Pläne auf den neuesten Stand zu bringen.

Dies sagt Herr Kemkes zu.

Mitglied Sickelmann geht davon aus, dass nach der Planungs- und Realisierungsphase entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Mitglied ten Brink spricht sich dafür aus, die Planungen durchzuführen.

Herr Kemkes gibt den Ablauf des Verfahrens bekannt. Die Vergabe des Planungsauftrages ist für den 21.02.02 oder 14.03.02 vorgesehen.

Die Mitglieder Jessner und ten Brink stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

### **Zu 1)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt den Rahmenplan zur Umgestaltung der Innenstadt in den Bereichen Kaßstraße, Neumarkt und Alter Markt inklusive textlicher Erläuterungen als Planungsgrundlage für die von einem externen Planungsbüro zu erarbeitenden Detailentwürfe.

### **Zu 2)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt das vorgestellte Ablaufschema als Zeitrahmen zur Umsetzung der Umgestaltungsmaßnahmen in der Innenstadt.

### **Zu 3)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, die für die Neugestaltung der Kaßstraße, des Neumarktes und des Alten Marktes ermittelten Kosten als Planungsgrundlage für die in den Haushalt einzustellenden Mittel.

11 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

### **TOP 4a)**

**Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;**

**hier: Beratung in den Fachausschüssen**

**- Maßnahmen der Projektgruppe 61 -**

**( Nr. 61 - 13 0912/2002)**

Zu folgenden Seiten bzw. Haushaltsstellen wurden Änderungen bzw. Erläuterungen gewünscht:

### **A. Vermögenshaushalt**

#### **Seite 258 Erläuterung unter Punkt 8 – Fahrradstation**

Mitglied ten Brink möchte wissen, wo die Fahrradstation angedacht ist. Darauf erwidert Herr Stangert, dass derzeit mit der Bundesbahn darüber diskutiert wird. Die Fläche wird vermutlich in der Nähe des Stellwerkes liegen. Mitglied Janssen fragt an, ob die Fahrradstation auch eine öffentliche Toilette beinhaltet. Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt aus, dass im Haushalt ein Ansatz für die Toilettenanlage eingestellt wurde. Gleichzeitig werden Verhandlungen mit der DB geführt, welche sich erboten hat, ähnliche Toilettenanlage, wie am Rathaus, aufzustellen. Die Stadt hätte nur die Unterhaltungskosten zu tragen. Mitglied Tepasß führt aus, dass die BD in anderen Städten Zuschüsse zur Unterhaltung der Toilettenanlagen gewährt. Weiter führt er aus, dass die öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtgebiet nur gering frequentiert werden. Daher ist er der Meinung, dass sich die Ausgabe nicht lohnt und diese Anlage in die Zuständigkeit der DB fällt.

#### **Seite 274**

Herr Siebers gibt folgende Änderung bekannt: Bei der Aufrechnung der Kosten für Lohmann ist ein Fehler unterlaufen und zwar ist der Abbruch des Kerngebäudes in den Gesamtkosten enthalten.

### **B. Investitionsprogramm**

#### **Seite 337**

Mitglied Jessner findet die Darstellung der zu beratenden Haushaltsstellen verwirrend und regt an, dass die in Frage kommenden Haushaltsstellen zusammengefaßt dargestellt werden.

Vorsitzender Diks regt an im nächsten Jahr eine andere Form zu wählen.

#### **Seite 338 – Darlehensgewährung für Friedhofserweiterung Hüthum im Jahr 2001**

Mitglied ten Brink führt aus, dass die CDU den Antrag stellen möchte, dass der Betrag für die Friedhofserweiterung nicht als Darlehensbetrag gewährt wird. Herr Kemkes weist darauf hin, dass hier nur Punkte der Projektgruppe 61 beraten werden.

#### **Seite 339**

Mitglied Tepasß fragt an, ob an der Bushaltestelle Nonnenplatz auch eine Toilettenanlage geplant ist.

Herr Stangert verneint dies.

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage abzustimmen.

Der Rat beschließt, den in der Vorlage näher bezeichneten Maßnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zuzustimmen.

13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

## TOP 5

**Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;**

**hier: Beratung in den Fachausschüssen**

**- Maßnahmen des Fachbereiches 5 "Planen und Verkehr" -**

**( Nr. 05 - 13 0879/2002)**

Zu folgenden Seiten bzw. Haushaltsstellen wurden Änderungen bzw. Erläuterungen gewünscht:

### **A. Verwaltungshaushalt**

#### **Haushaltsreste**

Mitglied Tapaß stellt fest, dass in den Haushaltsansätzen große Differenzen bestehen.

Herr Siebers erklärte, dass es sich um Haushaltsreste der nicht durchgeführten Maßnahmen handelt. Um die Beratungen zu erleichtern bittet er die Verwaltung, im nächsten Jahr diese Beträge in einer Spalte auszuweisen.

Herr Siebers führt aus, dass bei dem Ausbau der Straßen Diepe Kuhweg und Jan-de-Beyer-Straße die Finanzierung aus Haushaltsresten erfolgt. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Haushaltsreste des Jahres 2001 noch nicht gebildet. Ansonsten stehen die gebildeten Reste im Rechenschaftsbericht.

Vorsitzender Diks wünscht ebenfalls, dass die Zahlen transparenter gestaltet werden. Er geht davon aus, dass die Verwaltung für das kommende Jahr diese Vorgehensweise zusagt.

Herr Siebers erwidert, dass das technisch nicht möglich ist, weil die Ausdrücke vom Rechenzentrum vorgegeben sind, zum anderen wird im nächsten Jahr der Produkthaushalt vorgelegt. Darüber hinaus ist es auch ein zeitliches Problem insofern, als zur Haushaltsplanberatungen die Haushaltsreste nicht vorliegen.

Für Mitglied Tapaß soll im Protokoll festgehalten werden, dass Erster Beigeordneter Dr. Wachs zugesagt hat, dass im nächsten Jahr so verfahren wird.

Herr Siebers korrigiert die Aussage dahingehend, dass Erster Beigeordneter Dr. Wachs zugesagt hat, soweit es möglich ist, die Anregungen die vorgetragen wurden, sowohl die einzelnen Fachbereiche in der Darstellung zusammen zu fassen als auch möglicherweise schon bekannte Haushaltsreste durchzuführen, damit eine bessere Lesbarkeit des Haushaltsplanes erreicht wird.

#### **Seite 154 HHSt. 1.610.6200.6 Ziffer 2 der Erläuterung – Erstellung von Planungsunterlagen für Aufstellung/Änderung von Bebauungsplänen**

Mitglied Sickelmann erklärt, dass sich ihre Fraktion für den Erhalt der Fläche Am Englischen Hügel einsetzt. Diese Fläche soll in einen "besonderen" Garten umgewandelt werden und stellt den Antrag, den Betrag von 10.000 € nicht für die Änderung des Bebauungsplanes zu verwenden, sondern für die Planung eines Gartens.



Herr Kemkes erklärt, dass dieser Planungskostenansatz für die Umsetzung des Bebauungsplanes sowie für die Ermittlung der möglichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgenommen wurde. Sollte beschlossen werden, keine Bebauung vorzunehmen, könnten die Mittel für den gemachten Vorschlag verwendet werden. Mitglied Wernicke berichtet, dass er in der Sitzung des ALU gefragt hat, ob es Absichten gibt, das Grundstück zu veräußern und zu bebauen. Die Antwort der Verwaltung habe er so verstanden, dass dies nicht zutrifft. Es werde lediglich nachgedacht, welche Möglichkeiten bestehen. Er stellt verwundert fest, dass es doch konkrete Pläne für eine Bebauung gibt.

Er hält es für richtig, erst dann Planungsmittel einzustellen, wenn abschließend darüber beraten und entschieden worden ist. Für ihn ist dies noch nicht entschieden und kündigt seinen entschiedenen Widerstand an.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs berichtet, dass bereits Ende des vergangenen Jahres im Bauausschuss bzw. im ALU diese Vorlage vorgelegt wurde. Diese Vorlage wurde zurückgezogen. Der Auftrag lautete, die Angelegenheit zu prüfen. Aus Sicht der Verwaltung ist die Bebauung richtig.

Mitglied Wernicke führt aus, dass es nicht erklärt, warum konkret 10.000 € für Bebauungspläne eingesetzt werden. Bebauungspläne brauchen erst dann aufgestellt werden, wenn der Rat entscheidet, dass dort gebaut werden soll.

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass es sich hier um Haushaltsplanberatungen handelt. Hier werden Planungskosten festgelegt für den Fall, dass ein Entschluss gefasst wird, dort zu bauen.

Herr Kemkes weist darauf hin, dass, falls an anderer Stelle gebaut werden sollte, auch Planungskosten anfallen würden.

Mitglied Jessner schlägt vor, diesen Betrag unter sonstige Kosten einzustellen.

Mitglied Wernicke erklärt, dass er dem Vorschlag nicht zustimmt.

Mitglied Sickelmann verweist darauf, dass sie den Antrag gestellt hat, die Mittel für eine Alternativplanung bereit zu stellen und zwar für einen besonderen Garten.

Mitglied ten Brink spricht sich dafür aus, den Planungsansatz zu belassen.

Vorsitzender Diks verweist auf den Vorschlag von Mitglied Jessner, den Betrag speziell für den Bereich Am Englischen Hügel zu streichen und bei den sonstigen Kosten einzustellen.

Mitglied Sickelmann wünscht speziell für dieses Grundstück, dass eine Alternativplanung vorgestellt wird. Dies soll in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Mitglied Tepasß schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen vor Vergabe eines Planungsauftrages nochmals im Ausschuss zu beraten.

Mitglied Jessner erklärt für die SPD-Fraktion, dass seine Fraktion gerne sehen würde, dass an anderer Stelle gebaut wird. Auf jeden Fall sollen die Planungskosten bereit gestellt werden.

Herr Kemkes spricht sich dafür aus, dass der Antrag von Mitglied Sickelmann als gesonderter Punkt behandelt wird.

Vorsitzender Diks fasst zusammen und erklärt, dass die Seite 154 unter der Erläuterung Ziffer 2 dahin gehend geändert wird, dass die 10.000 € für Änderung Am Englischen Hügel – Bellevue gestrichen wird. Diese 10.000 € werden unter sonstige Kosten eingesetzt mit der Ergänzung "alternative Planungen Bellevue".

Mitglied Tepasß fragt an, worum sich unter Ziffer 4 – **Errichtung eines digitalen Stadtmodells** bezogen auf den Bahnlärm – handelt.

Herr Kemkes erklärt, dass es mit der Erstellung eines Lärminderungsplanes nach Bundesimmissionsschutzgesetz bezogen auf den Bahnlärm zusammenhängt. Bei verschiedenen Bebauungsplanverfahren wurde immer wieder über die Lärmbelastung in Bezug auf die Betuwe gesprochen. Die Erstellung des Lärminderungsplanes auf der Grundlage eines digitalen Stadtmodells versetzt die Stadt in die Lage, das Stadtgebiet EDV-mäßig zu erfassen.

### **Seite 166 HHSt. 1.680.1100.8 – Einnahmen Parkgebühren –**

Mitglied Struckhof stellt fest, dass die Einnahmen aus Parkgebühren kräftig angehoben wurden und fragt an, ob diese Summe auch eingenommen wird. Er erklärt für seine Fraktion, dass sie solche Parkgebühren nicht mittragen wollen.

Mitglied Jessner erinnert daran, dass im August die Erhöhung der Parkgebühren beschlossen wurde.

Mitglied Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion mit der Erhöhung der Parkgebühren einverstanden ist, möchte aber 5.000 € für kostenloses Busangebot an den verkaufsoffenen Sonntagen abweigen.

Vorsitzender Diks erklärt, dass die Verwaltung kurzfristig ein Konzept über Parkgebühren vorlegen muss. In diesem Zusammenhang kann über den Vorschlag vom Mitglied Sickelmann beraten werden.

Mitglied Sickelmann erklärt, dass es sich um einen Antrag zu den Haushaltsplanberatungen handelt. Sie wünscht, dass aus der Erhöhungen der Parkgebühren zweimal im Jahr kostenlose Busfahrten an verkaufsoffenen Sonntagen finanziert werden.

Mitglied Jessner führt aus, dass diese Aktion grundsätzlich zu begrüßen ist, wenngleich er die Aktion im Einzelnen nicht beurteilen kann. Daher sieht er sich nicht in der Lage, über diesen Antrag zu entscheiden. Er wünscht, dass die Verwaltung in Abstimmung mit den Grünen bis zur Ratssitzung eine Aussage vorlegt, über die dann entschieden werden kann.

Herr Siebers teilt ergänzend mit, dass die Beratung über die Änderung der Parkgebühren-satzung für den 13.03.02 vorgesehen ist.

### **Seite 187 HHSt. 1.792.5110.8 - Zielbeschilderung Innenstadt**

Mitglied Tepaß stellt fest, dass hierfür keine Mittel vorgesehen ist, obwohl nicht alle Schilder aufgestellt sind.

Darauf teilt Herr Kemkes mit, dass diese Maßnahme aus Haushaltsresten finanziert wird. Diese Maßnahme wurde zurückgestellt und wird im Zusammenhang mit der Gestaltung der Innenstadt und der Möblierung abgestimmt.

## **B. Vermögenshaushalt**

### **Seite 235 HHSt. 1.360.99870.5 Zuschüsse zu Denkmalpflegemaßnahmen**

Mitglied Wernicke wünscht eine Erläuterung zu dieser Haushaltsstelle.

Herr Siebers erklärt, dass diese Maßnahmen jetzt im Abschnitt 1.365 auf Seite 236 ausgewiesen sind.

Weiter findet Mitglied Wernicke den Betrag von 10.000 € zu knapp.

Dies verneint Herr Siebers und erklärt, dass in Vorjahr Gelder übrig blieben.

Dies stimmt Mitglied Wernicke bedenklich, denn das bedeutet, dass die Eigentümer nicht wissen, dass städtische Zuschüsse zur Denkmalpflege möglich sind und schlägt vor, hier offensiver zu werden.

Vorsitzender Diks schlägt vor, den Ansatz so zu belassen. Sollten die Anträge die angesetzte Summe übersteigen, wird von der Verwaltung eine Vorlage erwartet.

### **Seite 250 HHSt. 1.460.9500.3 – Errichtung von Kinderspielplätzen**

Mitglied Tepaß möchte wissen, ob der abgebaute Kinderspielplatz Leege Weide wieder aufgebaut wird.

Darauf erwidert Herr Baumgärtner, dass die Spielplatzkommission festgestellt hat, dass die Spielgeräte baufällig waren und wurden entfernt. Entsprechende Mittel für neue Geräte sind in diesem Jahr bereitgestellt worden.

Weiter fragt Mitglied Tapaß an, ob keine Mittel für die Errichtung der Inline-Skaterbahnen vorgesehen sind.

Herr Siebers erklärt, dass diese Maßnahmen aus Haushaltsresten finanziert werden.

### **Seite 253 HHSt. 1.630.9518.1 – Erneuerung Gerhard-Cremer-Straße**

Mitglied Struckhof erklärt, dass die Anwohner den Antrag gestellt haben, eine niedrigere Summe ausgegeben werden soll. Er stellt den Antrag, die Erneuerung der Gerhard-Cremer-Straße zurück zu stellen.

Diese Aussage bekräftigt Mitglied Niemann.

Vorsitzender Diks präzisiert diese Aussage dahin gehend, dass der Ausbau nicht im Jahr 2002 ausgeführt werden soll. Die Verwaltung soll beauftragt werden, nach Alternativen zu suchen, die kostengünstiger sind.

Herr Siebers erklärt, dass er die Maßnahme nach 2003 schiebt.

Mitglied Wernicke weist darauf hin, dass Alternativen nicht zur Verschlechterung führen dürfen. Außerdem dürfen die Bäume nicht gefällt werden.

Mitglied Jessner möchte sicher stellen, dass keine Vorausleistungen auf die Erschließungs-beiträge erhoben werden.

### **Seite 253 HHSt. 1.630.9520.3 – Umbau Kreuzung B 8/van-Gülpen-Straße/Pesthof**

Mitglied Janssen möchte wissen, ob diese Baumaßnahme Bestandteil des Gesamtverkehrskonzeptes ist.

Herr Kemkes berichtet, dass diese Maßnahme in Abstimmung mit der Baumaßnahme Umfeld Nonnenplatz läuft und beinhaltet eine neue Ampelanlage in Verbindung mit einer neuen Abbiegespur. Das Thema Kreisverkehr ist seitens des Landesbetriebes Straßenbau abgelehnt worden.

Mitglied Struckhof sagt, dass er immer noch für den Kreisverkehr kämpft. Er stimmt dieser Maßnahme nicht zu, weil es sich seiner Meinung um Stückwerk handelt und das Geld an dieser Stelle nicht ausgegeben werden soll.

Vorsitzender Diks führt aus, dass es sich hier um eine Bundesstraße handelt und vom Baulastträger eine andere Entscheidung getroffen wurde.

### **Seite 253 HHSt. 1.630.9519.0 Ausbau 's-Heerenberger Straße**

Mitglied Sickelmann möchte wissen, warum nur 50.000 € Vorausleistungen eingestellt wurden.

Herr Baumgärtner erwidert, dass erst in der zweiten Jahreshälfte mit den Bauarbeiten begonnen wird. Es fallen in diesem Jahr nur Ausbaurkosten in Höhe von 200.000 € an.

### **Seite 254 HHSt. 1.630.9546.7 – Ausbau Diepe Kuhweg, HHSt. 1.630.9547.5 – Ausbau Jan-de-Beyer-Straße, HHSt. 1.630.9548.3 – Ausbau Jan-van-Goyen-Straße**

Herr Baumgärtner erläutert, dass zwischenzeitlich von der Kreisverwaltung Kleve ein Ablehnungsbescheid bezüglich der Versickerung des Regenwassers vorliegt. Um jedoch hierfür eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten, sind diverse Berechnungen, wie z. B. Bau eines Kanals, erforderlich. Diese Berechnung sowie Pläne liegen der Verwaltung nunmehr vor. Die Verwaltung geht davon aus, dass in den nächsten Tagen eine Ausnahmegenehmigung der Kreisverwaltung Kleve beantragt wird. Die Kosten, die seinerzeit für den Ausbau der 3 Straßen angemeldet worden sind, stehen nach wie vor für den Ausbau der Straße zur Verfügung. Da die Verwaltung nicht weiß, ob sie eine

Ausnahmegenehmigung erhalten wird, und ob sie dann einen Kanal bauen muss, wurden seitens der Verwaltung keine zusätzlichen Kosten im Haushalt angemeldet.

### **Seite 254 HHSt. 1.630.9591.2 - Radweg Speelberger Straße/Dederichstraße**

Mitglied Struckhof fragt an, ob es zutrifft, dass der Ausbau 13 Monate dauern soll. Herr Baumgärtner führt aus, dass hier ein kompletter Neubau vorgenommen wird. Außerdem beabsichtigen die Abwasserwerke ein Kanalsanierung sowie die Stadtwerke beabsichtigen ebenfalls Leitungen zu erneuern, so dass von einer Bauzeit von einem Jahr ausgegangen werden muss.

Auf die Frage von Mitglied Struckhof, ob die Straße komplett für ein Jahr gesperrt wird, antwortet Herr Baumgärtner, dass die Arbeiten abschnittsweise vorgenommen werden.

### **Seite 258 HHSt. 1.631.9870.3 - Förderung von Fassadenverbesserungen**

Mitglied Sickelmann fragt an, ob die eingestellten 10.000 € nennenswerten Erfolg bringen werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt aus, dass dieser Ansatz abhängig von der Landesförderung war. Diese Landesförderung ist gestrichen worden. Trotzdem wird der städtische Ansatz aufrecht-erhalten.

Herr Siebers sichert zu, dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2001 den städtischen Anteil von 10.000 € übertragen werden sowie der Ansatz von 2002 in gleicher Höhe, so dass sich der Ansatz verdoppeln wird.

### **Seite 337 HHSt. 1.631.9520.8 - Umgestaltung Bahnhofsvorplatz**

Mitglied Sickelmann wünscht Erläuterungen zu dieser Maßnahme. Außerdem soll diese Maßnahme mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Herr Siebers weist darauf hin, dass für das Jahr 2002 kein Ansatz vorliegt.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs weist darauf hin, dass das Bahnhofsvorsteherhaus erworben werden soll, um die künftige Planung verwirklichen zu können. Gleichzeitig soll das Gebäude abgerissen werden, damit keine Unterhaltskosten anfallen. Der Ansatz von 51.000 € ist für die Planung sowie Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes vorgesehen.

Mitglied Sickelmann ist der Meinung, dass es sich um Bahneigentum handelt und daher keine Unterhaltskosten anfallen. Sie erklärt für ihre Fraktion, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Erwerb nicht getätigt wird. Sie stellt den Antrag die Summe mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Herr Kemkes teilt ergänzend mit, dass die Verwaltung sich deshalb um den Ankauf des Gebäudes bemüht, weil das Gebäude zum Ankauf steht.

Mitglied Jessner plädiert dafür, den Ansatz stehen zu lassen. Er ermuntert die Verwaltung Kaufverhandlungen aufzunehmen.

Die Mitglieder ten Brink und Jessner stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, den in der Vorlage näher bezeichneten Maßnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zuzustimmen.

13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

## **TOP 6**

**Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;  
hier: Beratung in den Fachausschüssen**

**- Maßnahmen des Fachbereiches 6 "Bauen und Umwelt" -**

( Nr. 06 - 13 0896/2002)

**A. Vermögenshaushalt**

**Seite 213 Zuweisung aus der Feuerschutzsteuer**

Mitglied Jessner wünscht eine Erklärung, warum sich die Landesförderung reduziert hat. Darauf erwidert Herr Runge, dass für das Jahr 2002 nach dem Verteilerschlüssel Bevölkerung und Fläche ein Betrag von 34.000 € verbleibt. Erst ab 2003 kann mit einem höheren Betrag gerechnet werden.

Die Mitglieder Jessner und ten Brink stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, den in der Vorlage näher bezeichneten Maßnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zuzustimmen.

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 7**

**Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002;**

**hier: Beratung in den Fachausschüssen**

**- Maßnahmen im Fachbereich 7 "Baubetriebshof" -**

( Nr. 07 - 13 0897/2002)

**A. Verwaltungshaushalt**

**Seite 146 Unterhaltung der Grünanlagen**

Mitglied Struckhof findet den Ansatz von 150.000 € für die Unterhaltung der Grünanlagen zu hoch und fragt, ob es nicht preiswerter wäre, diese Arbeiten an Dritte zu vergeben.

Herr Antoni erklärt, dass in Emmerich und dazugehörigen Ortsteilen Arbeiten an Firmen vergeben wurde, da der Bauhof diese Aufgaben alleine nicht bewältigen kann.

Mitglied Wernicke führt aus, dass der Schulausschuss sich mit der Unterhaltung der Grünanlagen an Schulen beschäftigt hat.

Vorsitzender Diks weist darauf hin, dass hier nur die Positionen beraten werden, die in der Vorlage angegeben sind.

Herr Siebers führt aus, dass die Vergabe der städtischen Grünflächen an den Schulen erstmalig in 2001 erfolgte.

Mitglied Jessner schlägt vor, bis zur HFA-Sitzung in einer kurzen schriftlichen Notiz darzulegen, wie sich die Vergabekosten "Grünflächen" entwickelt haben.

**Seite 160 Kosten der Oberflächenentwässerung**

Mitglied Struckhof findet den Ansatz von 620.000 € zu hoch.

Herr Antoni antwortet, dass es jedes Jahr mehr Flächen gibt, da immer neue Straßen entstehen. Die Gebühren haben sich nicht verändert.

**B. Vermögenshaushalt**

### **Seite 253 Erwerb von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen**

Mitglied Tapaß schlägt vor, die unter Ziffer 6 - Ersatzbeschaffung einer Rüttelplatte - ersatzlos zu streichen.

Herr Antoni bittet darum, diesen Ansatz evtl. zu halbieren, da eine kleine Rüttelplatte notwendig ist, um die Pflasterflächen abrütteln zu können.

Mitglied ten Brink findet die Begründung von Herrn Antoni schlüssig und beantragt ebenfalls den Ansatz auf 5.000 € zu halbieren.

Mitglied Tapaß erklärt sich mit der Halbierung des Ansatzes einverstanden.

### **Seite 262 HHSt. 1.675.9350.0 – Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten**

Mitglied Tapaß möchte wissen, wie reparaturbedürftig die kleine Kehrmaschine ist und welche Reparaturen in den letzten zwei Jahren durchgeführt wurden.

Herr Antoni berichtet, dass in den letzten zwei Jahren Reparaturen von etwas 60 TDM angefallen sind. Er akzeptiert die Begründung der Kämmerei, dass in diesem Jahr eine Neuorganisation vorgenommen wird, so dass eine Neuanschaffung nicht über den städtischen Haushalt finanziert wird.

Auf die Frage von Mitglied Tapaß, ob in diesem Jahr Reparaturen anfallen, antwortet Herr Antoni, dass die Frage nicht beantwortet werden kann. Falls Reparaturen anfallen sollten, handelt es sich allenfalls um kleinere Reparaturen.

## **C. Finanzplanung**

### **Seite 334 Anschaffung von Geräten, Maschinen, Fahrzeugen**

Mitglied Tapaß möchte wissen, ob der vorhandene Bagger so ausgerüstet ist, dass er die Tiefe erreicht, um eine Doppelbestattung zu ermöglichen.

Herr Antoni verneint diese Frage. Die neue Verordnung ist für dieses Jahr nicht zwingend vorgesehen. Sollte dies gemacht werden, müsste von Hand ausgeschachtet werden.

Vorsitzender Diks stellt fest, dass es eine Änderung gibt. Es wird nur eine Rüttelplatte angeschafft. Der Betrag von 10.000 € wird halbiert.

Mehrere Mitglieder stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, der der Vorlage als Anlage beigefügten Aufstellung über Maßnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zuzustimmen.

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## **TOP 8**

**3. Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 7/4 - HansasträÙe -;**

**hier: 1. Bericht zur durchgeföhrtten Offenlage**

**2. Satzungsbeschluss**

**3. Beschluss zur Änderung der Gestaltungssatzung für den östlichen Bereich des Bebauungsplanes Nr . E 7/4**

**( Nr. 05 - 13 0887/2002)**

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

**Zu 1.**

Der Rat beschließt, den Bebauungsplan Nr. E 7/4 um folgenden Hinweis zu ergänzen:

**HINWEIS**

Es ist nicht auszuschließen, dass Kampfmittel im Boden vorhanden sind.  
Vor Durchführung evtl. erforderlicher größerer Bohrungen (z. B. Pfahlgründung) sind Probebohrungen (70 bis max. 120 mm Durchmesser) zu erstellen, die ggf. mit Kunststoff- oder Nichtmetallrohren zu versehen sind. Danach Überprüfung dieser Probebohrungen mit ferromagnetischen Sonden.  
Sämtlich Bohrarbeiten sind mit Vorsicht durchzuführen. Sie sind sofort einzustellen, sobald im gewachsenen Boden auf Widerstand gestoßen wird. In diesem Fall ist der Kampfmittelräumdienst bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu benachrichtigen.

**Der Rat beschließt, dass die Anregung der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.**

**Zu 2.**

Der Rat beschließt, den unter Okt. 1 um einen Hinweis ergänzten Entwurf zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 mit der Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

**Zu 3.**

Der Rat beschließt, die Gestaltungssatzung vom 23.06.1997 für den östlichen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 gemäß § 86 Abs. 1 BauO NRW wie folgt zu ändern:

- a. § 2 (Dachform) wird gestrichen,
- b. § 3 /Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen) wird gestrichen,
- c. § 4 (Gebäudehöhen) erhält folgende Fassung:
  - (1) Die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) wird auf maximal **0,5 m** über dem höchsten Punkt der Straßenkrone festgesetzt, bezogen auf die Verkehrsfläche vor dem jeweiligen Baugrundstück.
  - (2) Die First- und Traufhöhen werden wie folgt festgesetzt:

**bei eingeschossigen Gebäuden:**

Traufhöhe maximal **4,00 m** über EFH  
Firsthöhe maximal **8,50 m** über EFH

**bei zweigeschossigen Gebäuden:**

Traufhöhe maximal **6,00 m** über EFH  
Firsthöhe maximal **9,50 m** über EFH

Die Traufhöhe im Sinne dieser Vorschrift ergibt sich aus der äußeren Schnittlinie der traufseitigen Wand mit der Dachhaut.

- d. § 5 (Gestaltung der Freiflächen) wird gestrichen.

13 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 9**

**Bebauungsplanverfahren Nr. E 30/4 - Hekerenfelder Weg -;**

hier: **1. Bericht zur durchgeführten Offenlage**

**2. Beschluss eines städtebaulichen Vertrages**

**3. Satzungsbeschluss**

**4. Beschluss einer Gestaltungssatzung gemäß § 86 Abs. 1 BauO NRW**

**( Nr. 05 - 13 0888/2002)**

Mitglied Sickelmann begründet ihre Ablehnung damit, dass die Entwicklung der Baugebiete zu schnell vorstatten gehen. Sie findet, dass das Gebiet völlig unökonomisch erschlossen ist.

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

**Zu 1.**

Der Rat beschließt, dass die Anregung des Herrn Meyer mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

**Zu 2.**

Der Rat beschließt den vorliegenden Vertragsentwurf als städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan Nr. E 30/4 -Hekerenfelder Weg-.

**Zu 3.**

Der Rat beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. E 30/4 -Hekerenfelder Weg- mit der Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

**Zu 4.**

Der Rat beschließt den beiliegenden Entwurf einer Gestaltungssatzung mit Begründung gemäß § 86 Abs. 1 BauO NW als Gestaltungssatzung zum Bebauungsplan Nr. E 30/4 -Hekerenfelder Weg-.



13 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 11**

**Widmung von Straßen in Emmerich am Rhein**

**hier: Schwester-Bertranda-Straße, Heinrich-Bienen-Straße,  
Dechant-Hendricks-Straße, Zur Wildwiese, Am Flachsacker sowie  
Norbert-Giltjes-Straße**

**( Nr. 05 - 13 0893/2002 )**

Mitglied Sickelmann lehnt die Straßenwidmungen ab, weil man Frömmerei übertreiben kann. Mitglied Wernicke erinnert daran, dass es andere Vorschläge für Straßennamen gegeben hat, so z. B. die der Väter und Mütter des Grundgesetzes oder der Widerstandskämpfer.

Mitglied Tepaß stellt den Antrag nach Vorlage zu beschließen.

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt die unbeschränkte Widmung der folgenden Straßen gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW für den öffentlichen Verkehr:

Schwester-Bertranda-Straße bestehend aus den Grundstücken Gemarkung Praest, Flur 3, Flurstücke 1009, 1011, 1073 und 1074.

Heinrich-Bienen-Straße bestehend aus den Grundstücken Gemarkung Praest, Flur 3, Flurstücke 1007, 989, 917, 990, 933.

Dechant-Hendricks-Straße bestehend aus dem Grundstück Gemarkung Praest, Flur 3, Flurstücke 1006.

Zur Wildwiese bestehend aus den Grundstücken Gemarkung Vrsasselt, Flur 4, Flurstücke 681, 682, 678, 661, 629, 670, 671, 265, 672 und 622.

Am Flachsacker bestehend aus den Grundstücken Gemarkung Emmerich, Flur 6, Flurstücke 140, 761, 843, 844.

Norbert-Giltjes-Straße bestehend aus dem Grundstück Gemarkung Emmerich, Flur 7, Flurstück 1293.

12 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

**TOP 12**

**1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 24/2 - Lohmann -;**

**hier: Satzungsbeschluss**

**( Nr. 05 - 13 0892/2002 )**

Mehrere Ausschussmitglieder stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 1. Änderung des

Bebauungsplanes Nr. E 24/2 -Lohmann- mit Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass die Festsetzung von zwei zu erhaltenden Bäumen im Bereich des Nonnenplatzes gestrichen wird und ein bislang ungeschützter Baum an der nordwestlichen Ecke des Nonnenplatzes die Festsetzung „Erhaltung eines Baumes“ erhält.

13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

#### **TOP 13**

**Bebauungsplanverfahren Nr. E 6/3 -Sternstraße-;**

**hier: 1) Aufstellungsbeschluss**

**2) Beschluss zur Bürgerbeteiligung**

**( Nr. 05 - 13 0895/2002)**

Mitglied Janssen nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Mitglied Sickelmann führt aus, dass die Geschwindigkeit mit der zugebaut wird der Grund für ihre Ablehnung ist. Sie wünscht von der Verwaltung eine Auflistung der Bebauungsgebiete zu erhalten.

Vorsitzender Diks regt an, die Erschließung auch von der Straße Am Hasenberg vorzunehmen. Er bittet die Verwaltung mit dem Vorhabenträger und den betroffenen Eigentümern über diesen Vorschlag zu sprechen.

Herr Kemkes sagt zu, diesen Punkt in der Bürgerbeteiligung anzusprechen.

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

#### **Zu 1)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für den Bereich zwischen den Straßen Sternstraße, Am Flachsacker, Am Hasenberg und Schützenstraße einen Bebauungsplan zur Entwicklung eines Wohngebietes aufzustellen.

#### **Zu 2)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB als besondere Bürgerbeteiligung nach Punkt 3.2 der städtischen Richtlinien zur Bürgerbeteiligung durchzuführen sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zu veranlassen.

12 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

#### **TOP 14**

**2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. V 4/2 - Dreikönige -;**

**hier: 1. Änderung des Aufstellungsbeschlusses**

**2. Bericht zur durchgeführten Bürger - und Trägerbeteiligung**

**3. Beschluss zur Offenlage**

**( Nr. 05 - 13 0885/2002)**

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

**Zu 1)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Geltungsbereich zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. V 4/2 – Dreikönige – in Richtung Norden zu erweitern. Die nördliche Grenze des Änderungsbereiches wird durch die südliche Begrenzung des Flurstücks 132, Flur 6, Gemarkung Vrasselt gebildet.

**Zu 2.1)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregung bezüglich des Erhalts des ehemaligen Schulgebäudes Dreikönige 44 mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

**Zu 2.2)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregung bezüglich des Ausbauzustandes der Straße „Dreikönige“ mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

**Zu 2.3)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregung bezüglich der Rückverlegung der Baugrenzen auf 5 m bis 6 m mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

**Zu 2.4)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregungen des Staatlichen Umweltamtes Krefeld mit der Erstellung und Auswertung der Fachgutachten abgewogen ist.

**Zu 2.5)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregungen des Kreises Kleve mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

**Zu 2.6)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregung des Landschaftsverbands Rheinland mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

**Zu 3)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt den Entwurf zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. V 4/2 – Dreikönige – als Offenlegungsentwurf und beauftragt die Verwaltung, die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

13 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 15**

**52. Änderung des Flächennutzungsplanes - Sonderbaufläche Tankstelle - ;  
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Bürger - und Trägerbeteiligung  
2. Beschluss zur Offenlage  
( Nr. 05 - 13 0882/2002)**

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

**Zu 1.1)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregung bezüglich der Eingriffe in Natur und Landschaft und der Hinweis auf den Erhalt des Wanderweges mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

**Zu 1.2)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Hinweis des Kreises Kleve – Untere Wasserbehörde – in den Erläuterungsbericht zur Flächennutzungsplanänderung aufzunehmen.

**Zu 1.3)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Hinweis des Kampfmittelräumdienstes in den Erläuterungsbericht aufzunehmen.

**Zu 1.4)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, die im Rahmen der Baugenehmigung zu beachtenden Hinweise des Landesbetriebs Straßenbau NRW in den Erläuterungsbericht aufzunehmen.

**Zu 1.5)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregung bezüglich der Beachtung der wasserrechtlichen Belange mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

**Zu 1.6)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass die Anregung bezüglich der Beachtung des Walderlasses mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist

**Zu 2)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt den Entwurf zur 52. Änderung des Flächennutzungsplanes als Offenlegungsentwurf und beauftragt die Verwaltung, die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**TOP 16**

**1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . B 4/1 - Elsepaß -;**

**hier: 1. Aufstellungsbeschluss**

**2. Bericht zur durchgeführten Trägerbeteiligung**

**3. Beschluss zur Bürgerbeteiligung**

**( Nr. 05 - 13 0886/2002)**

Mitglied Faulseit stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

**Zu 1)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Bebauungsplan Nr. B 4/1 – Elsepaß – im Wege eines vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 BauGB dahin gehend zu ändern, dass

- a) das Baufenster nördlich des Meisenweges als eine zusammenhängende überbaubare Grundstücksfläche festgesetzt sowie in Richtung Osten bis auf einen Abstand von 3,0 m zum vorhandenen Grabenlauf erweitert wird und
- b) eine Dachneigung von 40-45° sowie ein Drempel bis 0,80 m zulässig sind.

Der Änderungsbereich ist dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan zu entnehmen.

**Zu 2)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur durchgeführten Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

**Zu 3)**

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine öffentliche Auslegung des Bebauungsplanänderungsentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## TOP 17

**Straßenausbau Streuffstraße (Teil 2) im Ortsteil Elten ;  
hier: Bericht zur durchgeführten Bürgerunterrichtung**

( Nr. 05 - 13 0901/2002)

Der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt das Protokoll der durchgeführten Bürgerunterrichtung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Streuffstraße (Teil 2) entsprechend der überarbeiteten Planung auszubauen.

## TOP 18

**Mitteilungen und Anfragen**

### Anfragen

1. Absenkung des Bordsteines am Eltener Markt

hier: Anfrage von Mitglied Wernicke

Mitglied Wernicke fragt zum wiederholten Mal an, wann die Verwaltung konkret die Absenkung vornehmen wird. Er regt an, dass bei künftigen Planungen dieser Aspekt aus Sicht der Behinderten und alten Menschen im Vorfeld berücksichtigt wird.

Herr Baumgärtner antwortet, dass der Baubetriebshof die Absenkung vornehmen wird. Da der Baubetriebshof z. Zt. überlastet ist, verzögert sich die Maßnahme. Die Anregung wird in künftigen Planungen berücksichtigt werden.

2. Straßenkataster

hier: Anfrage von Mitglied Struckhof

Mitglied Struckhof berichtet, dass er schon mal nach einem Straßenkataster gefragt hat und fragt an, wann damit zu rechnen ist. Des Weiteren fragt er an, ob er eine Liste der Vorschläge für künftige Straßennamen erhalten kann.

Herr Baumgärtner sagt zu, diese Liste der Niederschrift beizufügen.

Zu der Anfrage führt er aus, dass ein Straßenkataster in Arbeit ist. Es muss noch eine Abstimmung mit den Baubetriebshof hinsichtlich der Unterhaltung, Straßenreinigung stattfinden. Aufgrund der personellen Situation wird dies jedoch noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

3. Öffnung der abgebundenen Wallstraße

hier: Anfrage von Mitglied ten Brink

Mitglied ten Brink berichtet, dass in der Bürgersprechstunden folgendes vorgeschlagen wurde: Durch die Öffnung der abgebundenen Wallstraße als Einbahnstraße im Rahmen der Bauarbeiten am Nonnenplatz sollte die Einbahnstraßenregelung für

Radfahrer in Richtung Pesthof aufgehoben werden.  
Die Verwaltung nimmt die Anregung auf.

**TOP 19**  
**Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

Vorsitzender Diks schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin